

Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen

2022	Verkündet am 17. Mai 2022	Nr. 51
------	---------------------------	--------

Anpassung der Aufwandsentschädigung für die nicht der Bürgerschaft (Landtag) angehörigen Mitglieder der Stadtbürgerschaft

Vom 10. Mai 2022

Auf Grund von § 6 des Bremischen Abgeordnetengesetzes vom 16. Oktober 1978 (Brem.GBl. S. 209), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juni 2020 (Brem.GBl. S. 469) wird Folgendes bekannt gemacht:

Nach § 5 Satz 2 des Ortsgesetzes über die nicht der Bürgerschaft (Landtag) angehörenden Mitglieder der Stadtbürgerschaft gilt für die Anpassung der Aufwandsentschädigung § 6 des Bremischen Abgeordnetengesetzes entsprechend.

Nach § 6 des Bremischen Abgeordnetengesetzes wird die Entschädigung jeweils zum 1. Juli eines jeden Jahres an die Einkommens- und Kostenentwicklung angepasst. Maßstab für die Anpassung ist die Veränderung einer Maßzahl der Einkommens- und Kostenentwicklung, die sich zusammensetzt aus dem Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Wirtschaft im Land Bremen mit einem Anteil von einem Drittel, sowie der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für das Land Bremen mit einem Anteil von zwei Dritteln. Die vom Statistischen Landesamt so für den Zeitraum von Juli 2020 bis Juli 2021 ermittelte Maßzahl beträgt 3,26 %.

Demnach beträgt ab 1. Juli 2022

- die Aufwandsentschädigung gem. § 5 Ortsgesetz
über die nicht der Bürgerschaft (Landtag) angehörenden
Mitglieder der Stadtbürgerschaft 818,08 Euro

Bremen, den 13. Mai 2022

Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft